

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweitzer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sabb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle.

XI.

(Fortsetzung.)

Ausschlaggebend, weil die ungeheuerere Mehrzahl der Menschen betreffend, ist, als Beweggrund zur Arbeit, heutzutage: Die Aussicht, durch Arbeit sich des Lebens Unterhalt zu verschaffen. Es ist also bewiesen, aus dem heutigen Produktionszustande heraus bewiesen, daß diese Aussicht ein hinreichender Sporn ist, die Menschen zur Arbeit zu veranlassen.

Dieser Sporn aber, Herr Schulze, ist im socialen Staate ebenso gut bei jedem Einzelnen vorhanden, wie er jetzt bei der ungeheueren Mehrzahl der Menschen wirksam ist. Und Sie werden zugeben, daß der Sporn zur Arbeit um so mächtiger werden muß, je mehr sich außer dem eben erwähnten Elemente, zusätzlich zu demselben, die weitere Aussicht eröffnet: durch Arbeit nicht nur des Lebens nothdürftigen Unterhalt, sondern auch des Lebens Annehmlichkeiten zu erlangen; und zwar dies, im Gegensatz zu heute, mit felsenfester Sicherheit und je nachdem sich einer mehr oder weniger aufstrengt:

Fassen wir das bisher Entwickelte zusammen:

Die Frage war: Ob die einzelnen arbeitenden Gruppen im socialen Staate ohne Concurrenz, hinreichende Veranlassung zur Arbeit fänden?

Wir haben diese Frage bejaht, weil jede Gruppe als Ganzes ein Interesse hat, sich zusammenzuziehen, und zwar darum, weil je weniger sie leistet, desto schlechter, je mehr sie leistet, desto besser sie als Ganzes und daher jedes ihrer Mitglieder sich steht. Denn, einerlei, in welcher Form die Vertheilung des Arbeitsertrages stattfindet, immer bestimmte sich die Werthmenge des überhaupt zu Vertheilenden, somit auch mehr oder minder die Größe des in irgend welcher Form zu verabfolgenden Antheiles jedes Einzelnen, durch die Thätigkeit der Gruppe. Das in der Concurrenz liegende Element, welches die persönliche Thätigkeit anspricht, wäre beibehalten, das in derselben enthaltene gefährliche Element der Feindseligkeit gegen Andere wäre weggefallen.

Wir haben, zur Vervollständigung der Darstellung und um zu zeigen, daß wirklich Jedem die Aussicht nicht nur auf des Lebens Unterhalt, sondern auch auf dessen Annehmlichkeiten sich eröffnen würde, nun noch nachzuweisen, daß und worin wirklich bei dem neuen Produktionszustande sowohl die Gesammtheit als auch im Durchschnitt jeder Einzelne weit besser fahren würde, als heutzutage. Und obwohl wir, wie wir am Schlusse dieses Nachweises zeigen werden, zur Vereinfachung der Sache verschiedene wichtige Punkte außer Betracht lassen werden, so werden Ihnen doch, Herr Schulze, die Gründe, warum der neue Zustand ein

besserer sein wird, förmlich wie aus einem Füllhorn entgegenfallen. Und wenn wir auch diesen letzten Nachweis erbracht haben werden, dann wird sich in raschem Ueberblicke zeigen lassen, wie erbärmlich dieser jetzige Zustand ist, und insbesondere, wie es mit der „Abschaffung des geschäftlichen Risico“ steht.

Wir werden also nunmehr nachweisen, daß der neue Zustand nicht nur darum ein besserer sein wird, weil die Werthgegenstände sich gerechter und gleichmäßiger vertheilen, sondern auch darum, weil die Production selbst eine außerordentlich vergrößerte sein wird.

Sie wird dies nämlich sein:

I. Aus ökonomischen Ursachen negativer Art, d. h. aus solchen, welche das Wegfallen jetziger Schäden bewirken.

II. Aus ökonomischen Ursachen positiver Art, d. h. aus solchen, welche neuen Nutzen entstehen lassen.

III. Aus politisch-ökonomischen Ursachen, d. h. aus Ursachen, welche, in dem auf der Grundlage des neuen Produktionszustandes stehenden Staatswesen wurzelnd, auf die Production günstig zurückwirken.

Die einzelnen Ursachen dieser drei Klassen werden wir nunmehr betrachten.

XII.

Die Gesammtheit sowohl als auch durchschnittlich die Einzelnen — so sagten wir — werden sich bei dem neuen Produktions-Zustande besser stehen als heutzutage. Und zwar wird dies der Fall sein:

I. Aus ökonomischen Ursachen negativer Art d. h. aus solchen, welche den Wegfall jetziger Verluste in der Production bewirken.

1) Es ist früher gezeigt worden, worin allernächst das geschäftliche Risico seinen Ursprung hat. Tauschwerth setzen kann die Arbeit nur, insofern sie eine Gebrauchswerth schaffende ist; Tauschwerth ist jeder Gebrauchswerth in so weit in ihm durchschnittliche, gesellschaftliche Arbeitszeit enthalten ist. Nun sind aber in einem bestimmten Produktionszweige alle Unternehmer von einander unabhängig, ja einander feindlich gegenüberstehend. Nicht vorher, sondern erst nachher, im Austauschprozeß, stellt sich daher für den einzelnen Unternehmer heraus, ob und in wie weit die von seinem Kapital gezahlte Arbeit gesellschaftliche sei, von der Gesellschaft anerkannt würde. Wird sie dies nicht, stellt sich vielmehr heraus, daß der Producent zwar für die Gesellschaft produciren wollte, aber nicht für sie producirt hat, so ist nicht, wie man glauben könnte, sein Kapital für die Gesellschaft verloren gegangen, wohl aber die von diesem Kapital bezahlte Arbeit.\*)

\*) Das Kapital ist für den betreffenden Unternehmer persönlich verloren gegangen; aber vom Standpunkte der Gesammtheit betrachtet, hat es seine Bestimmung vollkommen erfüllt. Diese Bestimmung war: der Arbeit die

Das, was der Austauschprozeß hier nachher vollzieht, geschieht unter der Organisation der Arbeit vorher; oder vielmehr: es wird von vornherein unmöglich gemacht, daß Arbeit ungesellschaftlich verwandt werde.

Daß Arbeit verloren geht, kann allerdings auch da stattfinden, wo Organisation der Arbeit besteht. Allein es kann, unwesentliche Schwankungen abgerechnet, hier nur in Folge fehlerhafter, der gewöhnlichen Einsicht und Umsicht ermangelnder Leitung geschehen; es ist nicht ein dem System wesentlich anhangender Verlust. Heutzutage aber, wo jeder Einzelne nach seinem eigenen besonderen Gutdünken vorgeht, ist es umgekehrt ein Zufall, wenn die Summe dessen, was alle Einzelnen gethan, gleich ist demjenigen, was das Bedürfnis der Gesellschaft erheischt; hier ist es wesentlich, daß Arbeit verloren geht, und eine Ausnahme, wenn dieses nicht der Fall ist. Allerdings findet unter der Herrschaft der Concurrenz und der freien Beweglichkeit des Kapitals immer bald eine Ausgleichung statt, aber es besteht diese Ausgleichung lediglich darin, daß das Kapital sich von gewissen Produktionszweigen zurückzieht und anderen zuwendet, welche Ausgleichung jedoch nie ohne empfangene Lehre geschieht, welche Lehre dadurch ertheilt wird, daß angewandte Arbeit sich als unnütz gewandt herausstellt; auch bezieht sich diese Ausgleichung nur auf die Fälle, wo in einem besonderen Zweige mehr Arbeit verloren geht, als im Allgemeinen; daß aber überhaupt Arbeit verloren geht, ist heute überall wesentlich (daher auch die Risicoprämie für den einzelnen Unternehmer naturgemäß). Der der Gesellschaft aus dieser Arbeitsvergeudung erwachsende Schaden aber bleibt an der Gesellschaft ohne Ersatz hängen, während das Kapital seinen Ersatz aus dem Umfange zieht, daß die von ihm unterjochte Arbeit im Großen und Ganzen so ergiebig ist, daß das Kapital, trotz jenes Ausfalles, doch noch sich vermehren kann.\*)

Wir sind demnach berechtigt, zu sagen: daß während die jetzige Produktionsweise wesentlich mit einem fortwährenden Verluste von Arbeit für die Gesellschaft verbunden ist, dieser Verlust für eine Organisation der Arbeit der Regel nach wegfällt. Wir sind also berechtigt zu sagen: daß die gesammte in Folge der Planlosigkeit der jetzigen Production verloren gehende Arbeit bei einer planmäßigen Production für die Gesammtheit nutzbar würde.

2) Machen Sie mit uns, Herr Schulze, einen

Bedingungen ihrer Wirksamkeit zu liefern. Dies ist geschehen; die ermöglichte und verwirklichte Arbeit selbst aber ist in eine falsche Bahn gerathen und daher für die Strömung des Allgemeinen verloren gegangen.

\*) Man könnte diesen Sachverhalt mit dem Bezug einer Steuer vergleichen, deren Erhebung zwar mit wesentlichen großen Ausgaben verbunden ist, die aber trotzdem, vermöge der ihr innewohnenden Ergiebigkeit, dem Berechtigten einen großen Ueberschuß zuführt.

kurzen Spaziergang durch die beiden größten Städte Deutschlands, durch Wien und Berlin. Es ist Abend und wir gehen durch die lärmenden Hauptstraßen der inneren Stadttheile. Wir sind zunächst in Berlin und sehen da große, glänzende Läden, hell erleuchtet und weithin strahlend; und wenn wir einen besonders hellen und auffälligen Laden erblicken und sehen näher zu, so ist es gewiß ein Cigarrenladen.

Wir sind jetzt in Wien und es ist wieder Abend; auch da finden wir die lärmenden Straßen und die hell erleuchteten Läden; aber zwischen diesen glänzenden großen Läden entdecken wir vielfach auch kleine, unscheinbare, schwach erhellte Läden, und wenn wir näher zusehen, sind es gewiß „l. l. Tabaktraffiken“, also wieder Cigarrenläden.

Sicherlich merkwürdig und beachtenswerth! Dieser auffällige äußere Unterschied zwischen Berlin und Wien muß einen tiefgehenden inneren Grund in der Natur des betreffenden Produktionszweiges haben.

Raucht man etwa nicht in Wien? Verabschont man dort den Tabak? Durchaus nicht! Wenn wir in einen jener zahlreichen kleinen und unscheinbaren Läden treten, so finden wir sie mit Käusern gefüllt; auch ein Blick auf die Straße genügt, uns zu zeigen, daß der Wiener in Sachen des Tabaks durchaus kein Kostverächter ist.

Der Grund jener Erscheinung liegt vielmehr wo ganz anders: in Preußen ist die Tabakindustrie Sache der freien Concurrenz, in Oesterreich besteht ein Tabaksmopol für den Staat, d. h. dieser betreibt, unter Ausschluß der Privaten, die Tabakindustrie. Eine Folge hiervon, in Oesterreich, ist: daß eine bestimmte Anzahl von Cigarrensorten fabricirt wird, das eine Mal möglichst gerade so, wie das andere Mal; diese Sorten und keine anderen (oder doch nur ausnahmsweise) kommen in den Handel; Jedermann kennt die Eigenschaften einer bestimmten Sorte, z. B. der Zweikreuzercigarre, und weiß, daß er diese Sorte in der einen Traffik ebenso findet wie in der anderen; er weiß, daß wenn er zehn Kreuzer (ein „Zehner!“) daran wenden will, er die betreffende Cigarre „in der Feingruben“ oder in der „Paniglgassen“ nicht schlechter bekommt, wie in der Rärnthnerstraße; und die Traffikhaber ihrerseits wissen, daß alle ihre Kunden dies wissen, und in Folge dessen keine Spiegelscheiben, keine zwanzigfachen Gaslichter, keine ellenlangen Annoncen, mit einem Wort keine Marktchreierei und kein Schwindel.\*)

Wir wünschen dringend, mit dieser Ausführung nicht dahin mißverstanden zu werden, als wollten wir die zukünftige Production mit dem österreichischen Tabaksmopol vergleichen, was allerdings stark wäre. Nicht nur hätte diese Vergleichung eines künftigen Gesellschaftszustandes mit einer einzelnen Erscheinung aus der heutigen Gesellschaft überhaupt keinen Sinn; sondern es ist auch leicht zu zeigen, daß nicht einmal eine äußere Ähnlichkeit da ist. So ist z. B. von der künftigen Production zu sagen, daß nicht sowohl der Staat sie betreiben werde, als vielmehr die Gesellschaft; wollte man aber durchaus daran festhalten, den Staat in den Vordergrund zu stellen, so wäre es doch wenigstens ein Staat, der sich mit der Gesellschaft deckte, während in Oesterreich Staat und Volk zwei sehr verschiedene Dinge sind; ferner betreibt ja in Oesterreich der Staat die Tabakindustrie nicht nach socialistischen Principien, um der Arbeit zu ihrem Rechte zu verhelfen, sondern nach der jetzt herrschenden Weise,

\*) Mancher, der die Gaslichter und Spiegelscheiben liebt, könnte hier erschrecken und in die Befürchtung verfallen, im zukünftigen Gesellschaftszustande würden die großen Städte ein gar trauriges Aussehen bieten. Dies wäre irrig. Sicher ist allerdings, daß alsdann Glanz und Pracht nicht mehr als Werkzeuge des Schwachers und des Humpelns erscheinen würden — aber nichts desto weniger würden sie vorhanden sein, entweder zur Verherrlichung der Gesamtheit (ihrer Bestrebungen und Ertragschaften), wie in den Republiken der Alten, oder auch in Folge des herrschenden Ueberflusses, um ihrer selbst willen, besonders durch Vereine und Gesellschaften.

zu dem Zwecke, sich eine Geldquelle zu eröffnen, welche Geldquelle, beiläufig gesagt, sehr ergiebig ist.

Was wir mit obiger Ausführung klargestellt zu haben glauben, ist vielmehr nur dies:

Wo Jeder mit Sicherheit weiß, daß das, was er kauft so und nicht anders beschaffen ist, da ist für den Schwacher kein Feld mehr; und wo es keinen Schwacher giebt, sind auch seine Hülfsmittel unnötig, und wo seine Hülfsmittel unnötig sind, da kann die Arbeit, die sonst auf diese verwandt worden wäre, besser verwandt werden.

Verallgemeinern Sie diese Erkenntniß, Herr Schulze, und Sie werden zu dem Ergebnis kommen: daß mit der Concurrenz auch alle Hülfsmittel, die hundertfachen, auf Bethörung des Publikums und auf Herabsetzung Anderer hinauslaufenden Mittel unnötig werden, und daß in Folge dessen eine ungeheure Arbeitsmenge, die heutzutage nur dazu dient, den Krieg der Herren Unternehmer unter sich im Gang zu erhalten und das Publikum möglichst zu betrügen, auf eine für die Gesellschaft nützliche Weise verwandt werden kann.

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* **Berlin**, 2. März. [Zur Elbherzogthümerfrage] schreibt die Pariser „France“ in Betreff einer bevorstehenden, einem Ultimatum vorhergehenden diplomatischen Forderung des preussischen Kabinetts an das österreichische:

Aus Wien wird gemeldet, daß Baron Werther, der preussische Gesandte, dem Grafen Mensdorff im voraus angezeigt habe, daß alsbald eine Note von Berlin eintreffen werde, worin Preußen den vollständigen und ausschließlichen Besitz von Schleswig-Holstein in Anspruch nehmen werde. Oesterreichs Ansprüche auf eine Entschädigung würden anerkannt und die preussische Regierung erkläre sich bereit, auf ähnliche Bedingungen, wie die von der österreichischen Regierung für die Abtretung Lauenburgs zugesprochenen, zu unterhandeln. Niemand soll die Annahme solcher Anträge durch Oesterreich für möglich halten, und man erinnert sich, daß im vorigen Jahre in der Blüthezeit der österreichisch-preussischen Allianz Graf Mensdorff vom Aufgeben der Herzogthümer durchaus nichts wissen wollte, es sei denn durch Wiederabtretung der Grenzgrafschaft Glaz in Schlesien. Seit jener Zeit hat Oesterreichs Ehrgeiz nicht abgenommen.

— [Aus den Elbherzogthümern] wird nun das Verbot der „Deutschen Reichszeitung“ gemeldet, welche seit dem ungewollten Verschwinden der Holsteinischen Blätter in Schleswig die Sache des Selbstbestimmungsrechtes vertrat. — Wir haben unlängst gemeldet, daß sich der Oberst des 36. preussischen Regiments in Tönning an öffentlicher Tafel sehr schroff über die Schleswig-Holsteinische Armee geäußert haben soll. Jetzt wird von den „Altonaer Nachr.“ erzählt, daß jene Aeußerungen des Obersten auch mehreren früheren Offizieren der Schleswig-Holsteinischen Armee zu Ohren gekommen, und daß nun von diesen nach vorhergegangener Besprechung zunächst von dem dem Range nach Höchsten eine Forderung bei dem Obersten eingesandt worden.

— [In der Donaufürstenthümerfrage] sind noch keine weiteren Nachrichten eingegangen, welche eine Aenderung der Situation hervorrufen könnten. Rußland hat ebenso, wie die Pforte, die Absicht, den Zusammentritt der Garantemächte zu beantragen, und diesen die Angelegenheit zur Entscheidung oder Regelung vorzulegen. Diese Absicht stimmt mit der Englands und Frankreichs überein. Infolge dessen sind bereits zwischen den verschiedenen Kabinetten Verhandlungen angeknüpft, damit die Konferenz, welche bereits zweimal im Jahre 1856 und 1858 das Schicksal der Donaufürstenthümer entschieden hat, recht bald in Paris von neuem zusammentreten könne.

— [Zum inneren Conflict in Preußen] resp. zum merkwürdigen Schicksal des Birchow'schen Vorberichts zur Budget-Verathung schreibt die „Rhein. Ztg.“:

Außer den siebenhundert und einigen Exemplaren, welche für die beiden Häuser des Landtages und die Behörden gedruckt zu werden pflegen, hat der Buchdrucker

Möser noch eine Anzahl Exemplare im Auftrage und für Rechnung von Birchow abgezogen. Da auch diese aus der Buchbinderwerkstätte, wo sie mit den übrigen Exemplaren zusammen brochirt werden sollten, weggeholt, eingestegelt und dann in die Obhut des Kanzleidirectors Reich gebracht sind, so richtete Birchow an Herrn Reich die Aufforderung, ihm diese seine Abdrücke herauszugeben. Reich antwortete, ihm sei nicht gestattet, Unterschiede zwischen den bei ihm hinterlegten Drucksachen zu machen. Hierauf wandte Birchow sich am vorigen Sonnabend an Herrn Geh. Rath v. Wolff, als den Regierungskommissar in Sachen des Bureaus. Von diesem empfing er am 27. v. M. die kurze Antwort, daß der Minister des Innern die Herausgabe des Vorberichts überhaupt nicht gestatte. Daß das die Absicht des Herrn Ministers des Innern sei, wird man schon glauben, da auch der Abdruck des Berichts, den die „Rhein. Ztg.“ angefangen hatte, in Beschlag genommen ist. Die Andeutung der „Kreuztg.“, daß die ungewöhnlichen Maßregeln, welche noch vor Schluß des Landtages gegen den Präsidenten Grabow ergriffen wurden, vorzüglich den Zweck gehabt haben, die Veröffentlichung der Berichte der Budgetcommission zu verhindern, wird hierdurch vollständig bestätigt. Wenn die „Kreuztg.“ dabei aber, um gewissermaßen dem Verfahren des Ministers eine patriotische Folie zu geben, dem Präsidenten Grabow die Absicht beimißt, nur deshalb die Präsidialgeschäfte in beschränkter Weise haben abwideln zu wollen, um die Berichte zur Theilnahme zu bringen, so widerlegt sich das durch die Thatsache, daß Grabow — wir setzen hinzu leider — arglos genug war, die bei dem Buchdrucker und Buchbinder lagernden Drucksachen nicht wegholen zu lassen. Rechtlich war er allein dazu befugt, so lange sein Präsidialamt noch nicht in Folge des Landtagschlusses ruhte. Er hat die Verträge über die Druckarbeiten mit dem Druckereibesitzer geschlossen, und war also allein zur Empfangnahme derselben legitimirt. Uebrigens soll bereits ein auswärtiger Buchhändler sich in den Stand gesetzt haben, einen Abdruck des Birchow'schen Vorberichts in Gestalt einer Broschüre auszugeben. Derselbe würde dann ziemlich gleichzeitig mit der Veröffentlichung der finanziellen „Verwaltungsnorm“ erscheinen, welche statt eines Etats durch den „Staats-Anzeiger“ in der künftigen Woche veröffentlicht werden soll.

Dieser Umstand wird eben nur das Gewicht und die Wirksamkeit jenes Vorberichts nicht im Geringsten verstärken. Gewicht d. h. Wirksamkeit hat nur die „Verwaltungsnorm“ des „Staats-Anzeigers.“ Aber trotzdem mußten jene Herren, die das recht gut wußten und wissen, bis zum letzten Augenblicke mit der Regierung Parlamentchens spielen. „Laßt ihnen doch das kindliche Vergnügen!“

— [Börsengerüchte] beschäftigen sich mit Specialmissionen von Wien nach Berlin und umgekehrt. Für eine Mission nach Wien wäre danach General v. Manteuffel bestimmt. Gleichzeitig sollen aber zwei Armeecorps marschbereit gehalten werden. Privat Steuersäkel.

\* **Hessen-Darmstadt**. [Die Aufhebung der Zünfte betreffend], war die von uns gestern gemeldete Nachricht von Einführung der unbeschränkten Gewerbefreiheit durchaus irrig. Nicht einmal die Zünfte, sondern nur „die in den Zunftbriefen enthaltenen Beschränkungen des freien Gewerbebetriebes“ sind dadurch aufgehoben worden, also nur der Zunftzwang. Die Zünfte selbst bleiben da, wo sie sich nicht etwa in Folge der Aufhebung des Zunftzwanges freiwillig auflösen sollten, nach wie vor bestehen. Nur werden dieselben von jetzt an voraussichtlich keine neuen Mitglieder mehr erhalten, also nach und nach aussterben. Mit der Aufhebung des Zunftzwanges sind aber ferner keineswegs alle „wesentlichen“ Beschränkungen der Gewerbefreiheit beseitigt worden. Nach wie vor bleibt die Concessionspflichtigkeit wie der Preßgewerbe, so auch aller übrigen Gewerbe, welche nur nach vorher eingeholter Erlaubniß der Administrativbehörde betrieben werden dürfen, bestehen. Und die Zahl derselben ist wahrlich keine geringe. Die desfallsige Verordnung von 1860 zählt nicht weniger als 37 verschiedene Gewerbe und Gewerbebrüden auf, bei welchen eine solche Concessions eingeholt werden muß, darunter verschiedene Arten von Agenturen, sämtliche Bauhandwerke, Fruchthandel, Hausirhandel, sämtliche auf die Production und den Vertrieb von Preßzeugnissen bezüglichen Gewerbe, alle Schiffahrtsgewerbe, das Märlergewerbe, Wirthschaften aller Art; selbst die Hufschmiede und die Ratten- und Mäusevertilger sind nicht vergessen. Aus dieser großen Zahl con-